



Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,
Liebe *nfb*-Mitglieder,

Mit dieser Sonderausgabe unseres Newsletters möchten wir Ihnen, wie in der letzten Ausgabe angekündigt, die Umfrageergebnisse zu unseren Wahlprüfsteinen präsentieren, mit denen wir von Parteien wissen wollten, was sie nach der Bundestagswahl unternehmen werden, um eine transparente, kohärente, nachhaltige und qualitätsvolle Beratung in Bildung, Beruf und Beschäftigung in Deutschland zu gewährleisten.

Wir haben von allen angefragten Parteien z.T. sehr ausführliche Antworten erhalten und möchten uns an dieser Stelle nochmals sehr herzlich bei den Parteien für ihre Bereitschaft und Offenheit bei der Beantwortung unserer Fragen bedanken. Die Antworten zeigen: Es gibt noch viel zu tun – packen wir es an nach der Bundestagswahl! Das *nfb* steht für einen weitestgehenden Dialog und fachliche Unterstützung zur Verfügung.

Warum Wahlprüfsteine?

Schon seit seiner Gründung im Jahre 2006 versteht sich das Nationale Forum für die Beratung in Bildung, Beruf und Beschäftigung (*nfb*) als unabhängiges Netzwerk und Plattform aller Akteure in der Bildungs-, Berufs- und Beschäftigungsberatung. Seine Ziele sind formuliert im Mission-Statement der Gründungsversammlung. Sie umfassen insbesondere die Förderung der Beratung in Bildung, Beruf und Beschäftigung, deren Qualitätsentwicklung und Professionalisierung.



Ausdrücklich wendet sich das *nfb* bei der Formulierung seiner Ziele auch an die Verantwortlichen in der Politik, indem es klarstellt, dass es Aufgabe der Politik ist, im Rahmen staatlicher Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik angemessene Rahmenbedingungen für die Ausgestaltung eines ausreichenden und qualitativ hochwertigen Beratungsangebots für Bildung, Beruf und Beschäftigung zu schaffen.

Somit ist es nur folgerichtig, dass bei politischen Entscheidungen zur Bildungs- und Berufsberatung- und erst recht bei wichtigen politischen Weichenstellungen wie den Bundestagswahlen - das *nfb* die Verantwortlichen aufruft, das Angebot der Beratung in Bildung, Beruf und Beschäftigung zu sichern und entsprechend der sich ständig verändernden Anforderungen weiter zu entwickeln.

Vorschläge hierzu hat das *nfb* bereits in seinem „Eckpunktepapier“ von 2009 in die Debatte eingebracht. Mehr Transparenz, Kohärenz und Koordinierung sowie eine Stärkung der Qualität und Professionalität der Beratung lauteten damals die wichtigsten Forderungen. *)

Themenübersicht

Seite

Thema: Bundestagswahl 2017: *nfb*-Wahlprüfsteine

Ausgewählte Stellungnahmen der Parteien	3
Positionen der Parteien—Zusammenfassende Kommentierung	11
Dokumentation:	
<i>nfb</i> -Wahlprüfsteine im Wortlaut	14
Antworten der Parteien im Wortlaut	15

Aktuelle Veranstaltungshinweise	23
--	----

Neuerscheinungen/Rezensionen	24
-------------------------------------	----

Impressum

Nationales Forum Beratung in Bildung, Beruf und Beschäftigung e.V. (*nfb*);

Vorsitzende: Karen Schober
Stellvertretende Vorsitzende: Barbara Lampe
Schatzmeister: Stefan Nowack,
Beisitzer: Theodor Verhoeven,
Prof. Dr. Bernd-Joachim Ertelt,
Walter Würfel

Redaktion: Karen Schober (v.i.S.d.P.),
Carolin Kleeberg

Geschäftsstelle:
Kurfürstenstr. 131, 10785 Berlin
Tel. 030 - 257 937 41
Fax 030 - 26 10 32 43
info@forum-beratung.de

Haftungshinweis:

Alle veröffentlichten Informationen beruhen auf sorgfältigen Recherchen der verwendeten Quellen. Für die Inhalte externer Webseiten übernehmen die Redaktion und der Vorstand keine Haftung. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

Ihre Beiträge zu Entwicklungen in der Beratung in Bildung, Beruf und Beschäftigung sind herzlich willkommen. Kontaktieren Sie uns unter info@forum-beratung.de.

Newsletterbestellung unter:
www.forum-beratung.de

Thema: Wahlprüfsteine

Editorial — Fortsetzung

Die Veränderungen in den Beratungsanlässen und -anforderungen gehen einher mit den sich ständig wandelnden Lebensbedingungen in unserer Gesellschaft und am Arbeitsmarkt. Das zeigen einige der aktuell vorrangig zu lösenden Probleme in Wirtschaft und Gesellschaft:

- ⇒ Bewältigung des demografischen Wandels,
- ⇒ Digitalisierung der Lebens- und Arbeitswelt („Arbeit 4.0“)
- ⇒ Steigender Fachkräftebedarf,
- ⇒ Soziale und berufliche Integration von Migrantinnen und Migranten.

Diese und viele weitere Entwicklungen in den individuellen und sozialen Lebensverhältnissen kennzeichnen zugleich den großen und weitgefächerten Informations- und Beratungsbedarf von Bürgerinnen und Bürgern, ebenso wie bei den zuwandernden Menschen. Deutlich wird, dass sowohl Ratsuchende als auch Beratende immer häufiger durch die komplexer werdenden Beratungsanlässe an ihre Grenzen stoßen und Orientierung suchen. Letztlich kann nur ein flächendeckendes, kohärentes und vernetztes System der Beratung all das leisten, was den umfänglichen Anforderungen einer begleitenden Beratung im Lebens- und Erwerbsverlauf entspricht.

Diese Veränderungen in der Beratungslandschaft haben das *nfb* veranlasst, einige Fragen an ausgewählte politische Parteien zum Stand und zur Entwicklung der Bildungs-, Berufs- und Beschäftigungsberatung zu stellen. Wir haben sie Wahlprüfsteine genannt, da die Antworten der Parteien vermutlich das politische Handeln der kommenden Jahre bestimmen werden.

Im Folgenden werden zunächst ausgewählte, zentrale Aussagen der Parteien - nach Themen geordnet - einander gegenübergestellt und die wichtigsten Forderungen in einer zusammenfassenden Kommentierung bewertet. Im Anschluss werden die *nfb*-Wahlprüfsteine und die Antworten der Parteien nochmals im Wortlaut wiedergegeben. Diese Präsentation erhebt nicht den Anspruch, umfassend im Hinblick auf die Auswahl der Parteien und deren inhaltliche Positionen zu sein. Vielmehr soll sie die politische Arbeit nach der Bundestagswahl inspirieren und Impulse für einen konstruktiven Politik-Praxis-Dialog liefern.

In diesem Sinne wünschen wir eine erhellende und ertragreiche Lektüre!

*Karen Schober,
Theodor Verhoeven,
Hans Groffebert*

*) *nfb* (Hrsg.) „Eckpunkte für ein zeitgemäßes und zukunftsfähiges Beratungsangebot in Deutschland. Ein Plädoyer für notwendige Reformen der Struktur und des Umfangs von Beratungsangeboten für Bildung, Beruf und Beschäftigung zur Verbesserung des Zugangs und der Transparenz“, Berlin, Februar 2009
(www.forum-beratung.de (<http://www.forum-beratung.de/veroeffentlichungen/eigene-veroeffentlichungen/2009-nfb-eckpunktepapier-kopie.html>))

Thema: Wahlprüfsteine

Beratung in Bildung, Beruf und Beschäftigung —

Ausgewählte Stellungnahmen der Parteien zur politischen Bedeutung einer umfassenden und qualitätsvollen Bildungs- und Berufsberatung und zu geplanten Maßnahmen nach der Bundestagswahl

1. Welche Vorstellungen von einem Ausbau einer berufs- und lebensbegleitenden Bildungsberatung im Sinne des Europäischen Ratsbeschlusses von 2004 haben Sie?

Der EU-Ratsbeschluss ist zentrales Element für erfolgreiches Lernen im Lebenslauf – nicht nur für bildungsferne Zielgruppen. Die CDU/CSU setzt sich auch in Zukunft für eine Weiterentwicklung der Bildungs- und Berufsberatung und für eine verbesserte Transparenz der Angebote ein. Dringlich sind zusätzliche Beratungs- und Unterstützungsangebote um die Übergänge in den Beruf oder in die Hochschule zu erleichtern.

Gemeinsame Antwort zu allen Fragen

„Ziel sozialdemokratischer Bildungspolitik ist es, gleiche Chancen für alle zu schaffen“. Allgemein zugängliche Informationen über Bildungs- und Ausbildungswege sind dabei ebenso wichtig wie die individuelle Beratung über persönliche Chancen und Möglichkeiten. Deshalb will die SPD „die ergebnisoffene und unabhängige Beratung in den unterschiedlichen Bildungsbereichen stärken und ausbauen.“

Bereits in der Schule muss deshalb Berufs- und Studienorientierung stattfinden. Die Schule sollte mehr Informationen über die Arbeitswelt vermitteln und frühzeitige Praxiseinblicke ermöglichen. Alle an Beratung Beteiligten sollen junge Menschen ermuntern, die für sie richtige Bildungsentscheidung unabhängig von Geschlecht und Herkunft zu treffen.

Die Jugendberufsagenturen sind wichtige Anlaufstellen beim Übergang von der Schule in den Beruf. Sie sollen flächendeckend etabliert werden, auch als Vorbild für eine bessere Zusammenarbeit aller für die berufliche Ausbildung zuständigen Stellen.

Im Rahmen eines Hochschulsozialpaktes sollen die Studienberatung und -betreuung verbessert werden.

Wichtige Partner dabei sind die Studierendenwerke. Eine umfassende Berufs- und Studienberatung soll weiter ausgebaut werden. Sie ist unerlässlich für den Einstieg in die duale oder akademische Ausbildungswelt. Zusammen mit den bestehenden Anlaufstellen für die Studienberatung soll die Bundesagentur für Arbeit ein flächendeckendes, neutrales Netz kompetenter Berufs- und Studienberatung aufbauen. Damit sollen Studienabbrüche vermieden und zugleich alternative Bildungswege aufgezeigt werden.

Die SPD will ein Recht auf Weiterbildung einführen, das eine umfassende Kompetenzerfassung aller Fähigkeiten und Begabungen beinhaltet. Die Weiterbildungsberatung baut darauf auf und umfasst alle Bereiche der wissenschaftlichen, berufsbezogenen Weiterbildung wie auch der persönlichen Weiterbildung.

Die Arbeitslosenversicherung soll zu einer Arbeitsversicherung weiterentwickelt werden. Dementsprechend soll die Bundesagentur für Arbeit in eine Bundesagentur für Arbeit und Qualifizierung umgebaut werden. Sie wird damit zugleich zentrale Anlaufstelle für die Weiterbildungsberatung und kann unabhängig, transparent und verlässlich informieren.

Umfassende und unabhängige Bildungsberatung fängt in der Schule an und hört bei der Bildungsberatung während der Berufstätigkeit nicht auf. Schulische Beratung muss auch immer die Eltern mitnehmen.

Deutschland als Einwanderungsland ist auf gute Beratung und Anerkennungspraxis angewiesen. Einwanderer haben daher einen Anspruch auf niederschwellige Zugänge zur Bildungsberatung.

In einer Zeit, in der gradlinige Ausbildungs- und Berufswege seltener werden, müssen Alternativen aufgezeigt werden. Auch darum wird Weiterbildung und Weiterbildungsberatung wichtiger. Dabei ist Hilfe und Unterstützung für diejenigen wichtig, für

Thema: Wahlprüfsteine

Ausgewählte Stellungnahmen der Parteien


Fortsetzung on S. 3:

die der Zugang zur Weiterbildung schwierig ist. So bleiben noch viele Menschen (Ältere, Geringqualifizierte, Frauen in typischen Frauenberufen, Menschen mit Einwanderergeschichte) vom lebenslangen Lernen ausgeschlossen. Dies wollen Bündnis90/ Die Grünen ändern.

DIE LINKE. DIE LINKE setzt sich für eine flächendeckende, individualisierte und entgeltfreie lebensbegleitende Beratung in Bildung, Beruf und Beschäftigung ein. Aufgrund der sich schnell wandelnden und komplexer werdenden Berufsbilder sowie einer regional wie überregional sehr heterogenen Bildungs- und Weiterbildungslandschaft ist eine solche Beratung gerade für Erwachsene von großer Bedeutung.

Das Gesamtthema Bildung steht weit oben auf der politischen Agenda der FDP. Die regionalen und überregionalen politischen Akteure und zuständigen Institutionen müssen stärker in die Pflicht genommen werden, damit sie den Bildungs- und Weiterbildungsbedarfen gerecht werden. Die FDP will sich dafür einsetzen, dass lebensbegleitende Beratung besser umgesetzt wird. (Eine) Weiterbildung muss zu jedem Zeitpunkt im Erwerbsleben ermöglicht werden.

2. Welche Schritte wollen Sie unternehmen, um das Ziel eines flächendeckenden unabhängigen Beratungsangebots zu erreichen? Welche Bedeutung kommt dabei den Online-Beratungsangeboten im Vergleich zur traditionellen „face-to-face“ Beratung zu?

 Zu den Pflichtaufgaben der Agenturen für Arbeit bzw. der Jobcenter gehört es, Berufs- und Arbeitsmarktberatung anzubieten. Die CDU/CSU will prüfen, ob deren Aufgabenspektrum ausgebaut werden kann in Richtung einer unabhängigen und lebensbegleitenden beruflichen Weiterbildungsberatung.

Online-Beratung ist gerade für jüngere Kundinnen und Kunden in ländlichen Regionen ein echter Mehrwert. Gerade in der Vermittlung von formalisiertem Wissen erweist sie sich als besonders geeignet.

 (s.a. Antworten zu 1.)

- Berufs- und Studienorientierung bereits in der Schule mit Praxiseinblicken;
- Flächendeckender Ausbau der Jugendberufsagenturen, auch als Vorbild für eine bessere Zusammenarbeit der für die berufliche Bildung zuständigen Stellen;
- Verbesserung der Studierendenberatung und –betreuung im Rahmen des Hochschulsozialpaktes;
- Aufbau eines flächendeckenden neutralen Netzes von kompetenten Anlaufstellen für Berufs- und Studienberatung durch die Bundesagentur für Arbeit;
- Einführung eines Rechts auf Weiterbildung einschl. umfassender Kompetenzerfassung und Weiterbildungsberatung;
- Umbau der Bundesagentur für Arbeit zu einer Bundesagentur für Arbeit und Qualifizierung, u.a. als zentrale Anlaufstelle für Weiterbildungsberatung

Thema: Wahlprüfsteine

Ausgewählte Stellungnahmen der Parteien



Online-Beratung kann eine gute Ergänzung zur persönlicher Beratung sein. Da, wo eine umfassende persönliche Beratung fehlt, muss zunächst diese ausgebaut werden.

Die Grünen setzen sich für den weiteren Ausbau der Jugendberufsagenturen ein. Darin sollen die Angebote von Arbeitsagenturen, Jobcenter und Jugendhilfe gebündelt werden.

Die mittlerweile etablierte Beratungsinfrastruktur zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse (auch online) sollte einbezogen werden in die Beratung zum lebenslangen Lernen.

DIE LINKE. Für eine Beratung zum lebenslangen Lernen ist Transparenz und Übersichtlichkeit eine wesentliche Voraussetzung, damit Bildungsinteressierte rasch und präzise das für sie richtige Angebot finden können. Internetangebote können hierzu als Anlaufstelle dienen, die dann zu der entsprechenden Face-to-face-Beratung führt. Internetangebote können somit auch eine gewisse Qualitätssicherungsfunktion erfüllen.



FDP Beratung muss sich an den individuellen – und damit insgesamt sehr unterschiedlichen und vielfältigen – Voraussetzungen, Bedürfnissen, Anliegen, geographischen Gegebenheiten etc. orientieren. Das heißt, dass es eine zeitgemäße Vielfalt von Beratungsoptionen zu geben hat. Dabei sind vor allem die Möglichkeiten einer qualitativ hochwertigen Online-Beratung durch die „Chancen der Digitalisierung“ weiter auszuschöpfen. Demzufolge können Beratungsnachfragen systematischer, gezielter, vernetzter, schneller und geographisch unabhängiger beantwortet werden. Ein positiv zu bewertender Nebeneffekt der digi-

talisierten Beratungsangebote wäre, dass es durch die Angebotsvielfalt und Transparenz einen entsprechenden Wettbewerbsdruck geben wird, der zu mehr Qualitätssicherung und Kohärenz der Angebote führt.

3. Welchen Stellenwert messen Sie einer lebensbegleitenden Bildungs- und Berufsberatung für das Lernen im Lebenslauf bei?



Die ständig zunehmende Digitalisierung und Technisierung tragen dazu bei, dass das erworbene Wissen ständig angepasst und erweitert werden muss, um die Beschäftigungsfähigkeit zu erhalten. Deshalb liegt der Wert des Lernens in der ständigen Überprüfung und Erweiterung des persönlichen und beruflichen Wissens. Alle für das Lernen im Lebenslauf Verantwortlichen müssen deshalb dazu beitragen, dass sie ihre Potenziale dafür einsetzen – das gilt auch im Hinblick auf die Integration der Menschen mit Einwanderungsgeschichte. Aus diesen Gründen ist eine qualitativ hochwertige, an der Lebens- und Lernsituation der Menschen orientierte Bildungs- und Berufsberatung unerlässlich.



(s.a. Antwort zu 1.)

- Chancengleichheit ist oberstes Ziel sozialdemokratischer Bildungspolitik;
- Information und individuelle Beratung über Bildungs- und Ausbildungswege, persönliche Chancen und Möglichkeiten wichtige Instrumente zur Erreichung dieser Ziele;
- Stärkung und Ausbau einer ergebnisoffenen, unabhängigen Beratung in den unterschiedlichen Bildungsbereichen

Thema: Wahlprüfsteine

Ausgewählte Stellungnahmen der Parteien



Die Digitalisierung verändert die Lebens- und Arbeitswelt rasant. Daher ist qualitativ hochwertige Bildungs- und Berufsberatung im Hinblick auf lebenslanges Lernen unerlässlich. Beratungsstrukturen müssen gestärkt und für alle Bildungsinteressierte zugänglich sein; Beratung sollte darüber hinaus zielgruppenspezifisch und auf die individuelle Lebenssituation zugeschnitten sein.

Gerade Menschen mit einer Einwanderungsgeschichte brauchen den niederschweligen Zugang zu Beratung.

DIE LINKE.

Lebensbegleitende Bildungs- und Berufsberatung ist für das Lernen im Lebenslauf von herausragender Bedeutung, insbesondere für Erwachsene aufgrund sich rasch wandelnder Berufsbildung und einer sehr heterogenen Bildungs- und Weiterbildungslandschaft.

(s. auch Antwort 1)

Freie Demokraten

FDP

Bei dieser Frage werden drei Aspekte miteinander verknüpft: Die selbstbestimmende Eigenverantwortung des Einzelnen („Lebenshoheit“), die Herausforderungen durch die sich verändernde Arbeitswelt (Stichwort: Arbeit 4.0) sowie das sogenannte „Bildungssparen“.

Die FDP geht davon aus, dass der Arbeitsgesellschaft von morgen zwar die Arbeit insgesamt nicht ausgehen wird, sich aber durch die Digitalisierung permanent verändern wird. Dieser Wandel in der Arbeitswelt wird kontinuierlich und umfassend sein – deswegen erhalten lebenslanges Lernen und Weiterbildung eine neue tragende Rolle – für die Arbeitsgesellschaft, für die Zukunft der Wirtschaft und für den Einzelnen.

Das geschieht aber langfristig nicht ‚naturwüchsig‘. Vor allem die politischen Akteure sind aufgefordert, die damit verbundenen Herausforderungen, die jobbezogenen Zukunftssorgen sowie Ängste vor Arbeitslosigkeit der Bürger ernst zu nehmen. Ihnen muss „das Versprechen“ gegeben werden, dass Rahmenbedingungen geschaffen werden, die es den Bürgern ermöglichen, durch Weiterbildung „beim digitalen Wandel mithalten zu können“ – um damit eine selbstbestimmende und souveräne „Lebenshoheit“ aufrecht erhalten zu können. Diese Weiterbildung muss individuell und kontinuierlich sein und bedarf deswegen einer Beratung, die ebenfalls individuell und kontinuierlich zu sein hat.


Die bildungsbezogene und aufstiegsorientierte „Lebenshoheit“ soll - nach den Vorstellungen der FDP – unter anderem ‚vertraglich‘ zwischen dem Einzelnen und der Gesellschaft im Rahmen des „Bildungssparen“ geregelt werden: Diejenigen, die in die individuelle (Weiter-)Bildung investieren, sollen durch den Staat unterstützt werden – jeder Euro, der für Bildung ausgegeben wird, soll mit einem Euro bezuschusst werden.

Thema: Wahlprüfsteine

Ausgewählte Stellungnahmen der Parteien

4. *Wie kann die Bildungsberatung weiter entwickelt werden zu einem systematischen Beratungsprozess, der sich an dem ständigen Wandel der persönlichen und beruflichen Rahmenbedingungen orientiert?*
5. *Wie wollen Sie eine effiziente Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen den Beratungsanbietern bei der Bereitstellung von Beratungsdiensten gewährleisten, um einen breiteren Zugang zu ermöglichen und die Kohärenz des Angebots sicherzustellen?*

(Hinweis: Da mehrere Parteien diese beiden Fragen gemeinsam beantwortet haben, werden die Antworten hier zusammengeführt)

 Wegen der Vielzahl der am Bildungs- und Beratungsgeschehen beteiligten Akteure hält es die CDU/CSU für besonders erfolgversprechend, ein rechtskreisfreies Bildungsmanagement flächendeckend auf kommunaler Ebene zu etablieren. Dies sollte - neben anderen Aufgaben - eine am Lebenslauf orientierte Beratung beinhalten. Über die Federführung in der Region sollte jeweils vor Ort entschieden werden.



(s.a. Antwort zu 1.)

- Berufs- und Studienorientierung bereits in der Schule mit Praxiseinblicken;
- Flächendeckender Ausbau der Jugendberufsagenturen, auch als Vorbild für eine bessere Zusammenarbeit der für die berufliche Bildung zuständigen Stellen;
- Verbesserung der Studierendenberatung und -betreuung im Rahmen des Hochschulsozialpaktes;
- Aufbau eines flächendeckenden neutralen Netzes von kompetenten Anlaufstellen für Berufs- und Studienberatung durch die Bundesagentur für Arbeit;
- Einführung eines Rechts auf Weiterbildung einschl.

umfassender Kompetenzerfassung und Weiterbildungsberatung;

- Umbau der Bundesagentur für Arbeit zu einer Bundesagentur für Arbeit und Qualifizierung, u.a. als zentrale Anlaufstelle für Weiterbildungsberatung



- Weiterer Ausbau der Jugendberufsagenturen zur Bündelung der Angebote von Arbeitsagenturen, Jobcenter und Jugendhilfe;

- Einbeziehung der mittlerweile etablierten Beratungsinfrastruktur zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse (auch online) in die Beratung zum lebenslangen Lernen;

- Weiterer Ausbau einer umfassenden persönlichen Beratung, wo diese noch fehlt; Ergänzung durch Online-Beratung ;

DIE LINKE.

Beratung sollte entsprechend der Nachfrage regional organisiert sein. Dazu werden allerdings größere regionale Organisationseinheiten benötigt, damit auch Spezialwissen vorgehalten werden kann. Des Weiteren ist eine bundesweite Vernetzung erforderlich, um einen Überblick zu gewährleisten und Qualitätsstandards durchzusetzen.

Die Unabhängigkeit der Beratungsangebote soll durch eine kollektive Finanzierung sichergestellt werden. Träger könnte die Bundesagentur für Arbeit sein. Eine Alternative wären „branchenspezifische Weiterbildungsfonds“ zur Finanzierung der Weiterbildung und der Weiterbildungsberatung.



Der beste Weg zur Weiterentwicklung des Beratungsprozesses ist die Aufwertung der Weiterbildung und des lebenslangen Lernens. Die FDP wird die Forschung und das Engagement zur Weiterentwicklung von Beratungsangeboten unterstützen.

Verschiedene Zuständigkeiten auf Ebene von Bund, Ländern und Kommunen dürfen den Ausbau der Bildungsberatung nicht verhindern.

Thema: Wahlprüfsteine

Ausgewählte Stellungnahmen der Parteien

6. Welche Verbesserungen der Bildungsberatung für zugewanderte Menschen planen sie, um dem Ziel einer möglichst raschen und nachhaltigen Integration und Eingliederung in den Arbeitsmarkt näher zu kommen?



Integration besteht aus Fördern und Fordern. Die Bundesregierung hat schon seit mehreren Jahren Integrationskurse eingeführt. Voraussetzung für eine erfolgreiche

Teilhabe am Leben in Deutschland ist der Erwerb der deutschen Sprache und Kenntnisse über unsere Kultur, unsere Werte und unser Recht. Integrationskurse sind der Dreh- und Angelpunkt unserer integrationspolitischen Anstrengungen.

Für anerkannte Flüchtlinge stehen für alle Arbeitssuchenden in Deutschland eine Vielzahl von Angeboten zur Verfügung: Berufliche Orientierung, Einstiegsqualifizierung, Assistierte Ausbildung oder Ausbildungsbegleitende Hilfen. Diese Maßnahmen können auch parallel zum Spracherwerb genutzt werden.

Die CDU/CSU setzt bei allen Arbeitsmarktmaßnahmen auf die gute vorhandene Trägerstruktur und verweist auf das Jahresgutachten 2017 des Sachverständigenrates Migration, der feststellte, dass das bewährte und in den letzten Jahren grundlegend reformierte Portfolio der Arbeitsmarktpolitik dabei ausgeschöpft werden sollte.



Die SPD will einen Rechtsanspruch auf Beratung in Angelegenheiten der Anerkennung ausländischer Studien- und Berufsabschlüsse festschreiben. Das dient auch der stärkeren Verzahnung von Kompetenzerfassung und Arbeitsmarktintegration.

(s.a. Antwort zu 1)



“Gute Beratung ist der Schlüssel zum Integrationserfolg!“. Neuzugewanderte bringen häufig eine Vielzahl von Potenzialen mit, kennen aber zugleich weder die deutsche Bildungslandschaft noch den deutschen Arbeitsmarkt und seine vielfältigen Berufs- und Karrierewege.

Die Anerkennung non-formaler Kompetenzen soll erleichtert werden und die Bildungsberatung so gestaltet werden, dass die Potenziale Zugewanderter frühzeitig und umfassend erkannt werden.

Zu Weiterbildung und Nachqualifizierungen sollte dabei gezielt geraten und vermittelt werden.

Da junge zugewanderte Menschen z.B. das System der dualen Berufsausbildung noch nicht kennen, ist es besonders wichtig die guten Perspektiven zu kennen, die ein Berufsabschluss bietet, damit sie eine Berufsausbildung anstreben.

Kompetente Beratung ist auch dabei besonders wichtig. Sie soll in Zukunft im Rahmen des weiteren Auf- und Ausbaus von Jugendberufsagenturen gestärkt werden.



Zuwanderer sollen durch eine direkte Ansprache, z.B. in den Aufnahmeeinrichtungen, oder durch regionale Beratungsangebote vor Ort Kenntnisse über das Bildungssystem in Deutschland erhalten.




Die FDP will die Talente von Zuwanderern fördern, ihre Potenziale für den Arbeitsmarkt nutzbar machen und starke Personen für eine aktive Mitarbeit in Gesellschaft und Ehrenamt gewinnen.

Kritisch sieht die FDP die gegenwärtige Integrationspolitik gegenüber Flüchtlingen, Asylsuchenden, Zugewanderten und Migranten im Hinblick auf deren Integrationschancen. Gefordert wird die Einrichtung von Beratungsstellen in allen größeren Betreuungseinrichtungen für Flüchtlinge. Bereits bei der Erstaufnahme soll eine systematische Erfassung der individuellen Begabungen, Qualifikationen und beruflichen Erfahrungen erfolgen, um – darauf aufbauend – eine passgenaue Beratung anzusetzen.


Thema: Wahlprüfsteine

Ausgewählte Stellungnahmen der Parteien


7. Welche Vorstellungen haben Sie, um die Professionalisierung der BBB-Beratung voranzutreiben und die entwickelten Qualitätsstandards zu implementieren?


 Aufgrund der Heterogenität der Beratungslandschaft existieren keine einheitlichen bundesweiten Standards, die für alle Beratungsbereiche Gültigkeit haben. Der Bund fördert aber in seiner Zuständigkeit freiwillige Zertifizierungen und den Austausch der Beratungsakteure zu Fragen der Qualitätssicherung und der Qualitätsentwicklung.

Aus Sicht der CDU/CSU kann es nicht nur um die Beratungsqualität gehen. Effektivität von Beratung muss auch nachgewiesen werden, um den individuellen, sozialen und ökonomischen Nutzen sichtbar zu machen.


 Der Bund soll sich mit den Ländern auf Standards bei der Berufs- und Studienorientierung verständigen und diese in Modellprojekten erproben. Die Bundesländer sind aufgefordert, die Standards in ihren Lehrplänen zu verankern.

Die Bundesseite sollte im Rahmen des Bundesprogrammes Hochschule-Beruf-Bildung ein entsprechendes Weiterbildungsangebot für Lehrerinnen und Lehrer fördern. (s.a. Antwort zu 1.)


 Die verpflichtende Verbreitung der Qualitätsstandards sollten alle beteiligten Institutionen schnellstmöglich leisten. Im flächendeckenden Auf- und Ausbau der Beratungsangebote und deren Vernetzung liegt die Chance einer nachhaltigen Umsetzung dieser Standards.


 Die Linke fordert eine Professionalisierung der BBB-Beratung, die durch verbesserte Arbeitsbedingungen, Spezialisierungen, verbesserte Zeitvorgaben,

Teamsupervision und Weiterbildungen für die Beratenden gewährleistet wird. Dazu gehören auch entsprechende organisationale Strukturen und „eine Kultur des Zuhörens“ seitens der Vorgesetzten, die eine Professionalisierung unterstützen. Zudem sollte die Professionalisierung durch wissenschaftliche Begleitforschung gefördert werden.

 Die FDP ist – angesichts des „großen Beratungsbedarf, der bei der Umsetzung des Projekts des lebenslangen Lernens in gelebte Realität anfällt“ – offen und interessiert, über lebenslange Beratung sowie deren „Professionalisierung und Qualitätssteigerung nachzudenken.“ Dazu schlägt sie vor, zunächst eine Prüfung vorliegender Studien und Ideen vorzunehmen, und darauf aufbauend - QM-Strategien zu entwickeln und Verbesserungen voran zu treiben.

8. Was wollen Sie unternehmen, um Beratungsdienste als nachhaltiges Angebot mit sicheren Arbeitsplätzen zu implementieren?

 Gute Beratung setzt qualifiziertes Personal voraus. Für die Ausgestaltung der Beschäftigungsbedingungen sind aber die Arbeitsvertragsparteien und gegebenenfalls auch die Tarifparteien zuständig. Die CDU/CSU geht davon aus, dass die Beratungsanbieter sich an die gültigen gesetzlichen Regelungen halten, auch bei der Beschäftigung innerhalb von befristeten Projekten.

 Beratung sollte nicht Teilangebot von zeitlich befristeten Programmen sein, sondern sollte mit einer festen Förderinfrastruktur verbunden werden und damit einen dauerhaften Status bekommen.

Die Grünen verweisen auf ihr Instrument zur Förderung des lebenslangen Lernens „BildungsZeitPLUS“, das ein flächendeckendes Beratungsangebot schaffen will und verknüpft werden soll mit anderen

Thema: Wahlprüfsteine

Ausgewählte Stellungnahmen der Parteien

Anlauf- und Beratungsstellen, so z.B. mit den Volkshochschulen, den Studierendenwerken und den Arbeitsagenturen.

DIE LINKE. DIE LINKE stellt kritisch dar, wie sich seit 2003 „prekäre Beschäftigungen in der Weiterbildung“ entwickelt haben. Zum einen stellt die Partei die Forderung, dass die vielfach über Projektförderungen ausgelagerten Beratungsdienstleistungen wieder verstärkt in den öffentlichen Dienst zurückgeholt werden, um mehr Kontinuität sicherzustellen und prekäre Beschäftigungen der Beratenden zu vermeiden. Zum anderen setzt sich die Partei dafür ein, dass das Teilzeit- und Befristungsgesetz „verschärft“ (d.h. arbeitnehmerfreundlicher) werden. Zudem fordert sie, dass die Vergabeverfahren im Öffentlichen Dienst nicht vorrangig nach dem Preis des Angebots ausgerichtet werden.

Freie Demokraten FDP Kritisch sieht die FDP den Widerspruch zwischen den unbedingten und erforderlichen Notwendigkeiten der (Weiter-)Bildung und dem derzeitigen geringen Stellenwert von (Weiter-)Bildung in Deutschland. Mit Bezug auf ein ‚Geflügeltes Wort‘ von Kennedy wird die Vision skizziert, „Deutschland an die Spitze der Bildungsnationen dieser Welt zurückführen“. Bildungsberater*innen spielen hierbei eine wichtige Rolle. Die FDP will darauf hinwirken, dass sich die Situation der Beratenden deutlich verbessert.

Dazu bedarf es insgesamt höherer Investitionen im Bildungssektor. Die Bildungsfinanzierung (einschl. der Bildungsberatung) ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe – Länder und Kommunen allein sind damit überfordert. Im Rahmen einer besseren finanziellen Ausstattung des Bildungsbereichs ergeben sich auch mehr finanzielle Spielräume für eine bessere Ausstattung der Beratung.

Thema: Wahlprüfsteine

Die Positionen der Parteien - eine kommentierte Zusammenfassung

Auf den ersten Blick erscheinen die Antworten der Parteien recht harmonisch, ohne krasse Widersprüche und ohne entscheidende Gegensätze. Das mag daran liegen, dass zurzeit größere bildungspolitische Vorhaben oder gar Gesetzesinitiativen im Bereich der Bildungsberatung nicht erkennbar sind, die eine starke Öffentlichkeitswirksamkeit haben und so einen entsprechenden Diskurs bewegen könnten. Ein Grund ist vielleicht auch, dass die Bildungspolitik der Großen Koalition überwiegend vom Willen zum Interessenausgleich geprägt ist. Dies ändert sich nun im Wahlkampf.

Einig sind sich die befragten Parteien offenbar überwiegend

- in der Ansicht, dass die **Bildungsberatung gestärkt** und auf die neuen Anforderungen ausgerichtet werden muss,
- In der Forderung, dass die **Beratungsstellen sich stärker vernetzen** müssen, um besser auf die Beratung im Lebens- und Erwerbsverlauf eingestellt zu sein,
- in der Bereitschaft, die **Qualität, Professionalität und Effizienz von Beratung zu steigern**,
- in dem Willen, das Aufgabenspektrum bestehender oder im Aufbau befindlicher Institutionen zu erweitern, um **Beratung zu bündeln und effizienter** zu gestalten (Arbeitsagenturen, Jugendberufsagenturen).

Unterschiede zeigen sich erst bei den **Umsetzungsstrategien**, die geprägt sind vom jeweiligen politischen Hintergrund, vor dem die Parteien agieren und von den vorrangigen bildungspolitischen Zielen der einzelnen Parteien.

Ein Begriff, der nicht zum gängigen Wortschatz gehört, fällt bei der Sichtung und Bewertung der FDP-Antworten zu den Wahlprüfsteinen auf: „Wir Freie Demokraten sprechen uns für die eigene **Lebenslaufhoheit** aus.“ Dieser Begriff, der sich bei der FDP leitmotivisch durch viele gesellschaftspolitische Bereiche, Wahlprogramme und Forderungen der letzten

Jahre zieht, verdeutlicht in und mit diesem neu geschöpften Wort das liberale Prinzip und den FDP-Slogan: „Selbstbestimmt in allen Lebenslagen“: Der individuelle Lebensentwurf muss in gesellschaftlicher und politischer Freiheit geformt und umgesetzt werden können. Dieses Leitmotiv ist letztendlich auch das ‚Wasserzeichen‘ der Antworten und Anmerkungen zu den *nfb*-Wahlprüfsteinen.

Betrachtet man die **Essentials** aus den Antworten vor dem Hintergrund der einzelnen Wahlprüfsteine des *nfb*, so fällt folgendes auf:

1. Der **Ratsbeschluss der EU** zur lebensbegleitenden Beratung wird zwar als gesetzt betrachtet und auch nicht in Frage gestellt, aber keine Partei äußert sich explizit dazu, welche Schritte zum weiteren Ausbau erforderlich sind.
2. Der **flächendeckende Ausbau** der Beratung wird von allen angestrebt, die Wege dahin werden aber unterschiedlich gesehen. Die Mehrheit der Parteien sieht alle Akteure der Beratung in dieser Aufgabe gefordert - vor allem aber die **Bundesagentur für Arbeit** mit ihrem gut ausgebauten Netz von Arbeitsagenturen und Jobcentern. Insbesondere die noch auf- und auszubauenden **Jugendberufsagenturen** werden von CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen in ihrem gesetzlichen Auftrag dazu als vorrangig betrachtet.
3. Merkwürdig zurückhaltend sind die Parteien – abgesehen von der FDP – im Bezug zur Rolle der **Online Beratung** beim Ausbau der Beratungsangebote. Angesichts der Bedeutung, die die Digitalisierung in den letzten Jahren besonders auch im Bildungsbereich bekommen hat, verwundert es schon, dass sie im Feld der Beratung nur eine „ergänzende“ Rolle (Bündnis 90/Die Grünen) spielen soll.
4. Allein die SPD will ein **Recht auf Weiterbildung** einführen, um damit eine **umfassende Beratung und Kompetenzerfassung** zu ermöglichen. Dieser Rechtsanspruch soll auch bei der Anerkennung ausländischer Studien-/Berufsabschlüsse eingeführt werden.

Thema: Wahlprüfsteine

Die Positionen der Parteien - eine kommentierte Zusammenfassung (Fortsetzung)

5. **Zusammenarbeit und Koordinierung** in der Beratung wird von allen Parteien als notwendig gesehen. Die CDU/CSU will dies vor allem in den Regionen durch ein **kommunales rechtskreisfreies Bildungsmanagement** vorantreiben, das auch die Bildungsberatung einschließt. Wer in jeweiligen Region die Federführung hierbei übernimmt, soll dezentral vor Ort entschieden werden. SPD und Bündnis 90/Die Grünen sehen bei der Zusammenarbeit und Koordinierung vor allem die Arbeitsagenturen und Jugendberufsagenturen gefordert.

6. Zur **Beratung zugewanderter Menschen** geben alle Parteien ein zustimmendes Votum ab, allerdings mit unterschiedlicher Gewichtung. Während die CDU/CSU vorwiegend auf die bestehenden Integrations- und Sprachkurse verweist, die Vorrang haben sollen, betonen Grüne und FDP die **Notwendigkeit einer umfassenderen Beratung** zugewanderter Menschen. FDP und DIE LINKE kritisieren die gegenwärtige Integrationspolitik und fordern eine umfassende Beratung in den Aufnahmezentren und Betreuungseinrichtungen. Grüne und FDP betonen auch die Notwendigkeit einer **frühzeitigen Kompetenzerfassung**, um die Potenziale der Neuzugewanderten früh zu erkennen und die Integration in Gesellschaft und Arbeitsmarkt insgesamt zu beschleunigen. Bündnis 90/Die Grünen setzen bei dieser Aufgabe auch auf die Jugendberufsagenturen.

7. Beim Thema **Professionalisierung des Beratungspersonals** gibt es grundsätzlich Zustimmung. Aber in der Frage, wie Professionalisierung und Qualität gestärkt werden sollen, gibt es unterschiedliche Akzente: Die CDU/CSU betont die **Pluralität der Beratungslandschaft**, die eine Einführung einheitlicher bundesweiter Qualitätsstandards schwierig mache. Sie verweist darauf, dass der Bund **freiwillige Zertifizierungen** und den Austausch von Qualitätssicherungsverfahren unter Beratungsakteuren bereits heute fördere. Die SPD hingegen erwartet vom Bund, dass er sich zusammen mit den Ländern auf **Standards zur Berufs- und Studienorientierung verständigt**.

Bündnis 90/Die Grünen erwarten, dass alle beteiligten Institutionen sich schnellstmöglich zur **Verbreitung von Qualitätsstandards verpflichten** und sie nachhaltig umsetzen. Eine **gesetzliche Regelung** zur verpflichtenden Einführung allgemein anerkannter Qualitätsstandards, z.B. im Rahmen von Förderprogrammen, wird jedoch von keiner der befragten Parteien gefordert.

8. Beim Thema **sichere Arbeitsplätze und prekäre Beschäftigungsverhältnisse** in den Beratungseinrichtungen gibt es deutliche Unterschiede: CDU/CSU verweisen auf die Arbeitsvertrags- und Tarifvertragsparteien, die FDP darauf, dass der Bildungssektor insgesamt besser ausgestattet werden müsse und bei einer besseren Finanzausstattung auch die Spielräume für eine Verbesserung der vielfach prekären Beschäftigungssituation im Beratungsbereich größer würden. Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE verweisen darauf, dass Beratungseinrichtungen Kontinuität benötigen. Hinsichtlich der **Finanzierung**, sprechen sie sich dafür aus, dass Beratung nicht einfach Anhängsel von Programm- oder Projektförderung sein dürfe, sondern eine **eigene Förderinfrastruktur** benötige. DIE LINKE fordert zudem, die vielfach **ausgelagerten Beratungsdienstleistungen wieder in die Regelangebote des Öffentlichen Dienstes zurückzuholen**.

Zusammenfassend lässt sich hervorheben, dass die aktuellen Fragen zur Weiterentwicklung der Bildungsberatung entsprechend der neuen Anforderungen in Gesellschaft und Arbeitswelt den Parteien bekannt sind. Klare Perspektiven und konkrete Vorhaben sind aber noch nicht erkennbar.

Für das *nfb* heißt dies, dass Folgegespräche möglichst bald nach Beginn der neuen Legislaturperiode mit den bildungs- und arbeitsmarktpolitischen Sprechern geführt werden sollten. So wie es eine Partei abschließend in ihrer Stellungnahme geschrieben hat:

„Lassen Sie uns dazu auch nach der Bundestagswahl im Gespräch bleiben“.

Dokumentation: Die *nfb*-Wahlprüfsteine im Wortlaut

I. Flächendeckendes und niedrigschwelliges Beratungsangebot für alle Bürgerinnen und Bürger in allen Phasen ihrer Bildungs- und Erwerbsbiografie

Bereits 2004 und 2008 hat die Europäische Union in Ratsentschlüssen die Lebensbegleitende Beratung als zentrales Element der nationalen und europäischen Strategien zur Förderung des lebenslangen Lernens erklärt.¹ Beratung wird dabei als Angebot verstanden, das Individuen in allen Bildungs-, Berufs- und Beschäftigungsphasen ihres Lebens darin unterstützt, ihre Interessen, Fähigkeiten und Kompetenzen zu erkennen, Handlungsproblematiken zu bearbeiten und Entscheidungen zu treffen, um eigenverantwortlich ihre Bildungs- und Berufsbiografien zu gestalten. In Deutschland sind in den vergangenen Jahren einige Anstrengungen unternommen worden, um Bürgern und Bürgerinnen den Zugang zu kompetenter Beratung zu erleichtern. Bis zu einem flächendeckenden Angebot, das für Ratsuchende der unterschiedlichsten Zielgruppen transparent unabhängige Beratung als Dienstleistung anbietet, ist es allerdings noch ein langer Weg. Dies ist aber, insbesondere vor dem Hintergrund der rasanten Entwicklungen in der Arbeitswelt (Digitalisierung, Arbeit 4.0) dringend geboten. Hierzu bedarf es u.a. auch einer politischen Koordinierung unter den beteiligten Ressorts auf Bundes- und Landesebene.

Fragen an die Parteien

1. Welchen Stellenwert messen Sie einer lebensbegleitenden Bildungs- und Berufsberatung für das Lernen im Lebenslauf bei?
2. Welche Schritte wollen Sie unternehmen, um das Ziel eines flächendeckenden unabhängigen Beratungsangebots zu erreichen?
3. Welche Bedeutung kommt dabei Online-Beratungsangeboten im Vergleich zur traditionellen „face-to-face“ Beratung zu?
4. Wie kann die Bildungsberatung weiter entwickelt werden zu einem systematischen Beratungsprozess, der sich an dem ständigen Wandel der persönlichen und beruflichen Rahmenbedingungen orientiert?
5. Wie wollen Sie eine effiziente Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen den Beratungsanbietern bei der Bereitstellung von Beratungsdiensten gewährleisten, um einen breiteren Zugang zu ermöglichen und die Kohärenz des Angebots sicherzustellen?
6. Welche Verbesserungen der Bildungsberatung für zugewanderte Menschen planen Sie, um dem Ziel einer mög-

lichst raschen und nachhaltigen Integration und Eingliederung in den Arbeitsmarkt näher zu kommen?

II: Qualität der Beratung

Bereits 2007 hat der Arbeitskreis Bildungsberatung des Innovationskreises Weiterbildung (IKWB) des BMBF Empfehlungen zur Qualitätsverbesserung der Bildungsberatung gegeben: „Zur Sicherung der Qualität der Bildungsberatung sind vorhandene Qualitätsmanagementsysteme kontinuierlich zu verbessern und auch im Bereich der Bildungsberatung zu verankern und gegebenenfalls entsprechend anzupassen.“

In den Folgejahren wurden in einem vom BMBF geförderten Verbundvorhaben des *nfb* und der Universität Heidelberg Qualitätsstandards und ein Kompetenzprofil für Beratende in der Bildungs-, Berufs- und Beschäftigungsberatung (BeQu-Standards) entwickelt. Eine flächendeckende, verbindliche Implementierung dieser Standards steht allerdings noch aus.

Frage an die Parteien

7. Welche Vorstellungen haben Sie, um die Professionalisierung der BBB-Beratung voranzutreiben und die entwickelten Qualitätsstandards zu implementieren?

III: Prekäre Beschäftigung

Viele Berater und Beraterinnen im Feld der Bildungs- und Berufsberatung arbeiten in prekären Beschäftigungsverhältnissen, insbesondere dort, wo Beratung projektförmig im Rahmen von Sonderprogrammen des Bundes oder der Länder durchgeführt wird. Selbst dort, wo gesetzliche Vorgaben zu Beratung existieren (z.B. Studienberatung) sind befristete Beschäftigungsverhältnisse keineswegs die Ausnahme

Frage an die Parteien

8. Was wollen Sie unternehmen, um Beratungsdienste als nachhaltiges Angebot mit sicheren Arbeitsplätzen zu implementieren?

Dokumentation: Die Antworten der Parteien im Wortlaut



Frage 1: Welche Vorstellungen von einem Ausbau einer berufs- und lebensbegleitenden Bildungsberatung im Sinne des Europäischen Ratsbeschlusses haben Sie?

Antwort:

Für CDU und CSU ist die Bildungs- und Berufsberatung – entsprechend dem EU-Ratsbeschluss – ein zentrales Element für erfolgreiches Lernen im Lebenslauf, nicht nur für bildungsferne Zielgruppen. Daher wollen wir uns auch in Zukunft für eine Weiterentwicklung der Bildungs- und Berufsberatung und eine verbesserte Transparenz der Angebote entsprechend den verfassungsmäßigen Zuständigkeiten von Bund und Ländern einsetzen. Besonders dringlich erscheinen uns zusätzliche Beratungs- und Unterstützungsangebote, um individuelle Berufswahlentscheidungen im Übergang zwischen Schule und beruflicher Ausbildung bzw. zwischen Schule und Hochschule zu erleichtern.

Frage 2: Welche Schritte wollen Sie unternehmen, um das Ziel eines flächendeckenden unabhängigen Beratungsangebots zu erreichen? Welche Bedeutung kommt dabei den Online-Beratungsangeboten im Vergleich zur traditionellen „face-to-face“ Beratung zu?

Antwort:

Die Agenturen für Arbeit bzw. die Jobcenter erfüllen den gesetzlichen Auftrag, Jugendlichen und Erwachsenen, die am Erwerbsleben teilnehmen oder teilnehmen wollen, Berufsberatung und Arbeitgebern Arbeitsmarktberatung anzubieten. Es handelt sich dabei um eine Pflichtaufgabe der Agenturen für Arbeit für alle Jugendlichen und Erwachsenen. Für die Jobcenter ist Berufsberatung eine Kann-Leistung. Angesichts der bundesweit guten Erreichbarkeit der lokalen Arbeitsagenturen wollen CDU und CSU prüfen, inwieweit ihr Aufgabenspektrum in Richtung einer unabhängigen lebensbegleitenden beruflichen Weiterbildungsberatung ausgebaut werden könnte.

Durch die Pilotprojekte „Weiterbildungsberatung“ und deren Weiterentwicklung als „Lebensbegleitende berufliche Beratung“ geht die Bundesagentur für Arbeit bereits in diese Richtung.

Für jüngere Kundinnen und Kunden in ländlichen Regionen bedeuten Online-Beratungen, die gegebenenfalls um einen Chat erweitert werden können, einen echten Mehr-

wert. Gerade wenn es um die Vermittlung von eher formalisiertem Wissen (Schulsystem, finanzielle Fördermöglichkeiten oder Anerkennungsfragen) geht, erweist sich die niedrigschwellige Online-Beratung aus unserer Sicht als geeignet.

Frage 3: Welchen Stellenwert messen Sie einer lebensbegleitenden Bildungs- und Berufsberatung für das Lernen im Lebenslauf bei?

Antwort:

Digitalisierung und Technisierung stellen die Menschen vor große Herausforderungen: Wissen sowie die Fähigkeit, das erworbene Wissen anzuwenden, müssen durch Lernen im Lebenslauf ständig angepasst und erweitert werden. Nur so bleibt die persönliche Beschäftigungsfähigkeit dauerhaft erhalten. Deshalb ist der „Wert des Lernens“ weiter zu erhöhen, unabhängig davon, ob das Lernen in erster Linie zur Weiterentwicklung der Beschäftigungsfähigkeit, zur Ausübung des bürgerschaftlichen Engagements oder aus rein privaten Gründen erfolgt. Damit auch die Integration der Menschen mit Einwanderungsgeschichte gelingt, müssen alle für das Lernen im Lebenslauf Verantwortlichen dazu beitragen, dass sie ihre Potenziale einsetzen bzw. entwickeln können. Aus all diesen Gründen ist eine qualitativ hochwertige, an der Lebens- und Lernsituation der Menschen orientierte Bildungs- und Berufsberatung unerlässlich.

Frage 4: Wie kann die Bildungsberatung weiterentwickelt werden zu einem systematischen Beratungsprozess, der sich an dem ständigen Wandel der persönlichen und beruflichen Rahmenbedingungen orientiert?

Frage 5: Wie wollen Sie eine effiziente Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen den Beratungsanbietern bei der Bereitstellung von Beratungsdiensten gewährleisten, um einen breiteren Zugang zu ermöglichen und die Kohärenz des Angebots sicherzustellen?

Antwort:

Fragen 4 und 5 werden im Zusammenhang beantwortet:

Viele Bildungsentscheidungen werden in den Regionen gefällt. Dort kümmert sich eine Vielzahl unterschiedlicher Stellen um Bildungs- und Berufsberatung – von den Schulen über die Jugendhilfe, Schulträger, Jugendberufsagenturen, Kammern, Arbeitsagenturen, Jobcenter und Weiterbildungseinrichtungen. CDU und CSU erscheint es daher besonders erfolgversprechend – in der Nachfolge des BMBF-Programms „Lernen vor Ort“ –, dass ein

Dokumentation: Die Antworten der Parteien im Wortlaut



Bildungsmanagement flächendeckend auf kommunaler Ebene etabliert wird. Die Kernaufgaben eines regionalen, rechtskreisübergreifenden Bildungsmanagements sollten dabei unter anderem eine am Lebenslauf orientierte Beratung beinhalten, außerdem die Bestandsaufnahme kommunaler Bildungsaktivitäten, die Bündelung der auf verschiedene Ressorts verteilten Bildungszuständigkeiten, den Aufbau eines Informationspools für Bildungsträger, Bildungsinstitutionen und Wirtschaft sowie die Entwicklung eines Gesamtkonzepts mit einer Zukunftsvision für die Bildung in der Region. Wer in der jeweiligen Region die Federführung bei der Etablierung eines kommunalen Bildungsmanagements übernimmt, sollte jeweils dezentral vor Ort entschieden werden.

Frage 6: Welche Verbesserungen der Bildungsberatung für zugewanderte Menschen planen sie, um dem Ziel einer möglichst raschen und nachhaltigen Integration und Eingliederung in den Arbeitsmarkt näher zu kommen?

Antwort:

Für CDU und CSU besteht Integration aus Fördern und Fordern. Dieser Grundsatz leitet uns bei der konkreten Ausgestaltung unserer Integrationspolitik. Dabei fangen wir nicht bei null an, wie die von der unionsgeführten Bundesregierung eingeführten Integrationskurse zeigen. Voraussetzung für eine erfolgreiche Teilhabe am Leben in Deutschland ist der Erwerb der deutschen Sprache und Kenntnisse über unsere Kultur, unsere Werte und unser Recht. Daher sind die Integrationskurse der Dreh- und Angelpunkt unserer integrationspolitischen Anstrengungen. Für die anerkannten Flüchtlinge, aber auch für alle anderen Arbeitssuchenden in Deutschland, stehen eine Vielzahl von Angeboten zur Verfügung, darunter Maßnahmen zur Beruflichen Orientierung, Einstiegsqualifizierung (EQ), Assistierte Ausbildung (AsA) oder Ausbildungsbegleitende Hilfen (abH). Diese können auch parallel zum weiteren Spracherwerb stattfinden. Dabei setzen wir, wie bei allen anderen Arbeitsmarktmaßnahmen, auf die gute vorhandene Trägerstruktur. Diese Einschätzung teilt der Sachverständigenrat Migration in seinem Jahresgutachten 2017: Bei der Integration von Flüchtlingen „sollte ... das bewährte Portfolio der Arbeitsmarktpolitik, die in den letzten Jahren grundlegend reformiert wurde, ausgeschöpft werden. Deutschland ist in aktiven wie in passiven arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen gut aufgestellt.“

Frage 7: Welche Vorstellungen haben Sie, um die Professionalisierung der BBB-Beratung voranzutreiben und die entwickelten Qualitätsstandards zu implementieren?

Antwort:

Aufgrund der Heterogenität der Beratungslandschaft (von den Arbeitsagenturen über Schulen, Einrichtungen in sozialer Trägerschaft bis zu den Kammern) existieren hierzulande keine einheitlichen bundesweiten Standards, die für alle Beratungsbereiche Gültigkeit besitzen können. Um den Zugang zu Beratungsangeboten sowie die Beratungsangebote selbst zu verbessern, fördert der Bund bereits heute im Rahmen seiner verfassungsmäßigen Zuständigkeiten unter anderem freiwillige Zertifizierungen, den Austausch der Beratungsakteure zu Fragen der Qualitätssicherung und damit die Verankerung der Qualitätsentwicklung in der Beratung. Abgesehen davon kann es aus Sicht von CDU und CSU nicht nur um die Beratungsqualität bzw. den Beratungsprozess gehen. Vielmehr muss die Effektivität der Beratung nachweisbar sein, um so den individuellen, sozialen und ökonomischen Nutzen der Bildungsberatung sichtbar zu machen als Grundlage für eine evidenzbasierte Praxisentwicklung.

Frage 8: Was wollen Sie unternehmen, um Beratungsdienste als nachhaltiges Angebot mit sicheren Arbeitsplätzen zu implementieren?

Antwort:

Voraussetzung für eine gute Qualität der Beratungsdienste ist entsprechend qualifiziertes und motiviertes Personal. Gleichwohl sind für die Ausgestaltung der Beschäftigungsbedingungen die Arbeitsvertragsparteien, gegebenenfalls auch die Tarifvertragsparteien, zuständig. Unabhängig von der Frage der Projektförderung gehen CDU und CSU davon aus, dass sich die Bildungs- und Beratungsanbieter an die gesetzlichen Regelungen halten, wie den Mindestlohn, das Arbeitszeitgesetz oder das Teilzeit- und Befristungsgesetz.

Dokumentation: Die Antworten der Parteien im Wortlaut

Gemeinsame Antwort zu allen Fragen:

Ziel sozialdemokratischer Bildungspolitik ist es, gleiche Chancen für alle zu schaffen. Nicht Herkunft, Geldbeutel oder Wohnort dürfen über Bildungs- und Zukunftschancen entscheiden, sondern Leistung und Talent müssen im Mittelpunkt stehen. In diesem Sinne ist die allgemeine Information über Bildungs- und Ausbildungswege ebenso wichtig wie die individuelle Beratung über persönliche Chancen und Möglichkeiten. Deshalb wollen wir die ergebnisoffene und unabhängige Beratung in den unterschiedlichen Bildungsbereichen stärken und ausbauen:

- Wer sich für seinen späteren Beruf entscheiden soll, braucht frühzeitig Rat und Unterstützung. Bereits in der Schule muss deshalb eine gezielte Berufs- oder Studienorientierung stattfinden. Schulen sollten insgesamt mehr Informationen über die tatsächliche Arbeitswelt bieten und frühzeitig Praxiseinblicke ermöglichen. Alle an der Beratung Beteiligten sollen junge Menschen dazu ermuntern, die unabhängig von Geschlecht und Herkunft für sie richtigen Bildungsentscheidungen zu treffen.

- Darüber hinaus sind Jugendberufsagenturen wichtige Anlaufstellen beim Übergang von der Schule in den Beruf. Wir wollen sie flächendeckend etablieren. Nach diesem Vorbild soll auch die Zusammenarbeit aller für die berufliche Ausbildung zuständigen Stellen verbessert werden. Im Rahmen eines Hochschulsozialpaktes werden wir die Studienberatung und -betreuung verbessern. Hier sind vor allem die Studierendenwerke wichtige Partner.

- Eine umfassende Berufs- und Studienberatung ist unerlässlich, um jungen Menschen einen guten Einstieg in die duale oder akademische Ausbildungswelt zu geben. Deshalb wollen wir diese ausbauen. Es ist die Aufgabe der Bundesagentur für Arbeit, gemeinsam mit den jeweiligen Beratungsangeboten an Fachhochschulen und Universitäten, von Kammern und weiteren Stellen ein flächendeckendes und neutrales Netz an kompetenten Anlaufstellen für Berufs- und Studienberatung aufzubauen. Eine qualifizierte und transparente Berufs- und Studienberatung trägt dazu bei, dass Ausbildungs- und Studienabbrüche seltener werden. Zugleich hilft sie Abbrecherinnen und Abbrechern bei der Suche nach alternativen Bildungswegen und kann neue Möglichkeiten zur individuellen Weiterentwicklung aufzeigen.



- Wir werden ein Recht auf Weiterbildung einführen. Dieses beinhaltet eine umfassende Kompetenzerfassung aller Fähigkeiten und Begabungen. Darauf baut eine gezielte Weiterbildungsberatung auf, die Angebote der wissenschaftlichen, berufsbezogenen und allgemeinen Weiterbildung einbezieht und ebenso zu nicht-berufsbezogener Weiterbildung motiviert. Die Arbeitslosenversicherung werden wir zu einer Arbeitsversicherung weiterentwickeln und dementsprechend einen Umbau der Bundesagentur für Arbeit zu einer Bundesagentur für Arbeit und Qualifizierung vorantreiben. Sie soll als zentrale Anlaufstelle für Weiterbildungsberatung dienen und unabhängig, transparent und verlässlich informieren.

- Bei der Anerkennung ausländischer Studien- und Berufsabschlüsse werden wir einen Rechtsanspruch auf Beratung zu den notwendigen Verfahren festschreiben. So wollen wir Kompetenzfeststellung und Arbeitsmarktintegration stärker miteinander verzahnen.

Der Bund sollte sich gemeinsam mit den Bundesländern auf Standards bei der Berufs- und Studienorientierung verständigen und diese notfalls zunächst in bundesseitig geförderten Modellprojekten erproben. Die Bundesländer sind dazu aufgefordert, diese in ihren Lehrplänen zu verankern. Von Bundesseite möchten wir über das Bundesprogramm Hochschule-Beruf-Bildung ein passgenaues Weiterbildungsangebot für Lehrerinnen und Lehrer fördern. Zugleich ist und bleibt es der Betrieb selbst, der gerade jungen Erwachsenen Entwicklungsperspektiven aufzeigen muss. Das ist in seinem eigenen Interesse, um für die Beschäftigten als Arbeitgeber attraktiv zu bleiben. Deshalb sind Betriebe und Kammern aufgefordert, ihren Beitrag zur Entwicklung junger Karrieren in der dualen und akademischen Ausbildung zu leisten.

Dokumentation: Die Antworten der Parteien im Wortlaut

Frage 1: Welche Vorstellungen von einem Ausbau einer berufs- und lebensbegleitenden Bildungsberatung im Sinne des Europäischen Ratsbeschlusses haben Sie?

Auch wir halten eine umfassende und unabhängige Bildungsberatung für ein wichtiges Instrument, um die Bildungsbeteiligung in Deutschland insgesamt zu erhöhen. Außerdem ist gute und niedrigschwellige Bildungsberatung wichtig für mehr Chancengerechtigkeit. Das fängt bei der schulischen Berufs- und Studienberatung an, die auch die Eltern mitnimmt, und hört bei der Bildungsberatung während der Berufstätigkeit nicht auf. Gerade ein Einwanderungsland wie Deutschland ist auf eine gute Beratung verknüpft mit einer guten Anerkennungspraxis angewiesen. Unser Ziel ist es, ein Arbeitsleben anders zu denken und eine Kultur der zweiten und dritten Chancen aufzubauen. In unserer schnelllebigen Zeit, in der sich ganze Branchen wandeln oder verschwinden, müssen oder wollen Menschen auch in der Mitte ihres Berufslebens noch einmal etwas ganz Neues anfangen. Alternativen zum gradlinigen Ausbildungs- und Berufsweg sollen möglich werden. Weiterbildung wird auch wichtiger, weil die Menschen länger arbeiten. Doch zwischen Kita und Pflege, Meeting und Haushalt fehlen für die eigenen Fragen zur Weiterbildung häufig Zeit und Geld. Gutverdienende und Hochqualifizierte haben oft zumindest Zugang zu betrieblichen Bildungsangeboten. Wo aber die Unterstützung vom Betrieb aus fehlt oder wo sich völlig neue Interessen entwickeln, bleibt lebenslanges Lernen oft ein unerfüllter Wunsch. Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Geringqualifizierte, Frauen in typischen „Frauenberufen“, Menschen mit Einwanderungsgeschichte bleiben viel zu oft vom lebenslangen Lernen ausgeschlossen. Das wollen wir ändern.

Frage 2: Welche Schritte wollen Sie unternehmen, um das Ziel eines flächendeckenden unabhängigen Beratungsangebots zu erreichen? Welche Bedeutung kommt dabei den Online-Beratungsangeboten im Vergleich zur traditionellen „face-to-face“ Beratung zu?

Antwort:

Online-Beratungsangebote können gute Ergänzungen zu klassischer persönlicher Beratung leisten. Wir glauben aber, dass es in Deutschland, wo es bisher an einer umfassenden „traditionellen Beratung“ gerade fehlt, eine flächendeckende und gut vernetzte zielgruppenorientierte Beratung geben muss. So setzen wir uns im Bereich der



Jugendlichen und jungen Erwachsenen für die Einrichtung von Jugendberufsagenturen ein. In ihnen sollen die Angebote von Arbeitsagentur, Jobcenter und Jugendhilfe etc. gebündelt werden. Im Bereich der Anerkennung ausländischer Abschlüsse gibt es mittlerweile eine etablierte Beratungsinfrastruktur, die auch online erreichbar ist. Sie sollte einbezogen werden, wenn die Beratung als Teil des lebenslangen Lernens endlich gestärkt wird.

Frage 3: Welchen Stellenwert messen Sie einer lebensbegleitenden Bildungs- und Berufsberatung für das Lernen im Lebenslauf bei?

Antwort:

In einer Zeit, in der sich die Lebens- und Arbeitswelt vieler Menschen vor allem aufgrund der Digitalisierung rasant ändert, wird lebenslanges Lernen immer wichtiger. Damit alle Menschen an Weiterbildung teilhaben können, ist qualitativ hochwertige Bildungs- und Berufsberatung unerlässlich. Beratungsstrukturen wollen wir deshalb dahingehend stärken, dass sie wirklich auch allen Bildungsinteressierten zugänglich sind. Bildungs- und Berufsberatung sollte dabei immer zielgruppenspezifisch sein und auf die individuelle Lebenssituation der Menschen eingehen. Gerade jenen Menschen, die heute noch viel zu selten am lebenslangen Lernen teilnehmen, zum Beispiel Menschen mit Einwanderungsgeschichte oder älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, wollen wir den Weg zu guten und niedrigschwelligen Beratungsleistungen und damit zum lebenslangen Lernen ebnen.

Frage 4: Wie kann die Bildungsberatung weiter entwickelt werden zu einem systematischen Beratungsprozess, der sich an dem ständigen Wandel der persönlichen und beruflichen Rahmenbedingungen orientiert?

Frage 5: Wie wollen Sie eine effiziente Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen den Beratungsanbietern bei der Bereitstellung von Beratungsdiensten gewährleisten, um einen breiteren Zugang zu ermöglichen und die Kohärenz des Angebots sicherzustellen?

Frage 4 und 5: siehe Antworten auf vorherige Fragen.

Dokumentation: Die Antworten der Parteien im Wortlaut

Frage 6: Welche Verbesserungen der Bildungsberatung für zugewanderte Menschen planen sie, um dem Ziel einer möglichst raschen und nachhaltigen Integration und Eingliederung in den Arbeitsmarkt näher zu kommen?

Antwort

Integration beginnt mit guter Beratung. Neuzugewanderte Menschen bringen häufig eine Vielzahl an Potenzialen mit, kennen aber zugleich weder die deutsche Bildungslandschaft noch den deutschen Arbeitsmarkt und seine vielfältigen Berufs- und Karrierewege. Gute Beratung von Anfang an ist deshalb auch ein Schlüssel zum Integrationserfolg.

Wir wollen beispielsweise die Anerkennung non-formaler Kompetenzen erleichtern und Bildungsberatung so ausbauen, dass sie Potenziale von Neuzugewanderten frühzeitig und umfassend erkennt und ggfs. Weiterbildungen oder Nachqualifizierungen noch gezielter als bisher vermittelt werden können.

Bei jungen Menschen, für die eine Erstausbildung in Frage kommt, setzen wir auf passgenaue und zielgruppenspezifische Beratung.

Jugendliche mit Fluchtgeschichte kennen beispielsweise das duale System der Berufsausbildung kaum und wissen nichts über die hervorragenden Perspektiven, die sich aus einem anerkannten Berufsabschluss ergeben. Kompetente Beratung kann an dieser Stelle einiges bewirken und muss deshalb in Zukunft auch im Rahmen des Auf- und Ausbaus von Jugendberufsagenturen gestärkt werden.

Frage 7: Welche Vorstellungen haben Sie, um die Professionalisierung der BBB-Beratung voranzutreiben und die entwickelten Qualitätsstandards zu implementieren?

Antwort

Die verpflichtende Verbreitung der Qualitätsstandards ist unserer Auffassung nach eine Aufgabe, die alle beteiligten Institutionen schnellstmöglich gemeinsam leisten müssen. Im flächendeckenden Auf- und Ausbau der Angebote und der Vernetzung verschiedener schon bestehender Anbieter und Träger liegt die Chance, das jetzt „von Beginn an“ und damit nachhaltig umzusetzen.



Frage 8: Was wollen Sie unternehmen, um Beratungsdienste als nachhaltiges Angebot mit sicheren Arbeitsplätzen zu implementieren?

Antwort

Beratungsangebote dürfen zukünftig nicht mehr Teil von Programmen sein, sondern müssen mit festen Förderinfrastrukturen selbst einen dauerhaften Status bekommen. So wollen wir für unser Grünes Instrument zur Förderung des lebenslangen Lernens, die BildungsZeitPLUS, ein flächendeckendes Beratungsangebot schaffen. Je nach Lage vor Ort kann das verknüpft werden mit der Volkshochschule, dem Studierendenwerk, der Anlaufstelle für die Anerkennungsberatung bei ausländischen Abschlüssen oder der Arbeitsagentur.

Dokumentation: Die Antworten der Parteien im Wortlaut

Frage 1: Welche Vorstellungen von einem Ausbau einer berufs- und lebensbegleitenden Bildungsberatung im Sinne des Europäischen Ratsbeschlusses haben Sie?

Antwort

DIE LINKE setzt sich für eine flächendeckende, individualisierte und entgeltfreie lebensbegleitende Beratung in Bildung, Beruf und Beschäftigung ein. Aufgrund der sich schnell wandelnden und komplexer werdenden Berufsbilder sowie einer regional wie überregional sehr heterogenen Bildungs- und Weiterbildungslandschaft ist eine solche Beratung gerade für Erwachsene von großer Bedeutung.

Frage 2: Welche Schritte wollen Sie unternehmen, um das Ziel eines flächendeckenden unabhängigen Beratungsangebots zu erreichen? Welche Bedeutung kommt dabei den Online-Beratungsangeboten im Vergleich zur traditionellen „face-toface“ Beratung zu?

Antwort

Damit eine Beratung das lebensbegleitende Lernen unterstützt, muss sie eine transparente Übersicht über die unterschiedlichen Angebote zur Verfügung stellen. Diese soll neben den genauen Inhalten der Angebote ebenso eine gewisse Qualitätssicherungsfunktion ermöglichen, damit Bildungsinteressierte genau das Angebot finden können, das sie suchen. Hier kann ein Internetangebot als Anlaufstelle genutzt werden.

Zudem muss eine Face-to-Face-Beratung vorhanden sein, die vor allem bei komplexen Bedürfnissen Hilfestellung leisten kann. Beispielsweise bei einem Wunsch nach einer beruflichen Neuausrichtung und bei Fragen der staatlichen Unterstützung für solchen Maßnahmen.

Frage 3 Welchen Stellenwert messen Sie einer lebensbegleitenden Bildungs- und Berufsberatung für das Lernen im Lebenslauf bei? siehe Frage 1

Frage 4 Wie kann die Bildungsberatung weiter entwickelt werden zu einem systematischen Beratungsprozess, der sich an dem ständigen Wandel der persönlichen und beruflichen Rahmenbedingungen orientiert?

Antwort

Die Beratungsstrukturen in Bildung, Beruf und Beschäftigung sollten aus unserer Sicht regional organisiert sein, da

der größte Teil der Nachfrage in der jeweiligen Region gedeckt wird. Dabei dürfen die Organisationseinheiten nicht zu klein werden, damit eine Spezialisierung der Beratenden erfolgen kann. Die regionalen Einheiten müssen jedoch ebenso bundesweit zusammenarbeiten, um beispielsweise einen einheitlichen Überblick über die verschiedenen Angebote bundesweit zu ermöglichen sowie Standards durchzusetzen.

Frage 5: Wie wollen Sie eine effiziente Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen den Beratungsanbietern bei der Bereitstellung von Beratungsdiensten gewährleisten, um einen breiteren Zugang zu ermöglichen und die Kohärenz des Angebots sicherzustellen?

Antwort

Die Unabhängigkeit der Angebote wollen wir durch eine kollektive Finanzierung der Beratung ermöglichen. Hier wäre z.B. die Bundesagentur für Arbeit, die selbst Informationsangebote zur Berufswahl zur Verfügung stellt, als Träger möglich. Es gäbe allerdings auch andere Finanzierungsmöglichkeiten. So setzt sich DIE LINKE für branchenspezifische Weiterbildungsfonds ein, wie sie in Frankreich existieren. Diese könnten ebenfalls die Finanzierung (mit-)tragen.

Frage 6: Welche Verbesserungen der Bildungsberatung für zugewanderte Menschen planen sie, um dem Ziel einer möglichst raschen und nachhaltigen Integration und Eingliederung in den Arbeitsmarkt näher zu kommen?

Antwort

Zuwanderer haben kaum bis keine Kenntnisse vom Bildungssystem in Deutschland. Daher müssen Beratungsangebote direkt zu ihnen gebracht werden, beispielsweise durch die direkte Ansprache in den Aufnahmeeinrichtungen sowie regionale Beratungsangebote vor Ort.

Frage 7: Welche Vorstellungen haben Sie, um die Professionalisierung der BBB-Beratung voranzutreiben und die entwickelten Qualitätsstandards zu implementieren?

Antwort

Eine professionalisierte BBB-Beratung braucht zum einen gute Arbeitsbedingungen für das beratende Personal. Es braucht spezialisiertes Personal, das ausreichend Zeit für Beratungsdienste und deren Dokumentation sowie Weiterbildung hat.

DIE LINKE.

Dokumentation: Die Antworten der Parteien im Wortlaut

DIE LINKE. Zum anderen müssen Strukturen vorhanden sein, die diese Professionalisierung unterstützen, z.B. Wissenschaftler*innen, die durch Studien und Erhebungen zur Verbesserung und Anpassung von Beratungsangeboten beitragen. Aber auch eine Kultur des Zuhörens von Seiten der Vorgesetzten, so dass die von den Berater*innen wahrgenommenen Problemstellungen sowie deren Veränderung im Zeitablauf sich in einer entsprechenden Organisations- und Qualifikationsentwicklung widerspiegelt.

Frage 8: Was wollen Sie unternehmen, um Beratungsdienste als nachhaltiges Angebot mit sicheren Arbeitsplätzen zu implementieren?

Antwort

Die Ausdehnung befristeter und/oder prekärer Beschäftigung im öffentlichen Dienst sowie durch die Auslagerung von dessen Aufgaben auf private Dienstleister wird von der LINKEN bereits seit Jahren kritisiert. So hat beispielsweise die veränderte Vergabep Praxis der Bundesagentur für Arbeit, infolge des Inkrafttretens des Gesetzes zur Modernisierung der Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Hartz-I-Gesetz) am 01.01.2003, zu einer massiven Ausweitung von prekärer Beschäftigung in der Weiterbildung beigetragen. Aus diesem Grund setzt sich DIE LINKE zum ersten für eine Rückholung von Dienstleistungen in den öffentlichen Dienst ein. Die Vergabe von öffentlichen Aufgaben an private Dritte erfolgt häufig über Projektförderung. Diese sind nicht geeignet, ein dauerhaftes und nachhaltiges Angebot bereit zu stellen. Dies gilt insbesondere für Beratungsangebote, die kontinuierlich vorhanden sein müssen. Zudem trägt dieses Verfahren, wie das Beispiel der Bundesagentur für Arbeit zeigt, zu einer Ausweitung befristeter sowie in vielen Fällen auch prekärer Beschäftigungsverhältnisse bei.

Zum zweiten wollen wir durch Verschärfung des Teilzeit- und Befristungsgesetzes die Möglichkeiten zur Befristung von Beschäftigungsverhältnissen reduzieren. Hierzu zählt zum einen die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung, zum anderen soll die Anzahl der zulässigen aufeinanderfolgenden befristeten Verträge auf zwei begrenzt werden.

Darüber hinaus wollen wir, dass bei Vergabeverfahren, wo Projekte an private Dritte vergeben werden, nicht der Preis des Angebots der entscheidende Faktor für den Zuschlag ist. Arbeits-, Umwelt- und andere Standards müssen als Ausschlusskriterium von Angeboten und Anbietern etabliert und durchgesetzt werden.

Darüber hinaus wollen wir, dass bei Vergabeverfahren, wo Projekte an private Dritte vergeben werden, nicht der Preis des Angebots der entscheidende Faktor für den Zuschlag ist. Arbeits-, Umwelt- und andere Standards müssen als Ausschlusskriterium von Angeboten und Anbietern etabliert und durchgesetzt werden.



Frage 1: Welche Vorstellung von einem Ausbau einer berufs- und lebensbegleitenden Bildungsberatung im

Sinne des Europäischen Ratsbeschlusses haben Sie?

Antwort

Bildung ist eines der Kernthemen von uns Freien Demokraten. In diesem Bereich engagieren wir uns nicht nur für eine Stärkung des ersten Bildungswegs, sondern auch für eine Stärkung des zweiten Bildungswegs sowie des lebenslangen Lernens. Wir werden uns daher dafür einsetzen, dass die lebensbegleitende Beratung in Deutschland besser umgesetzt wird. Letztlich darf kein Lebenslauf in eine Sackgasse führen, zu jedem Zeitpunkt des Erwerbslebens muss eine Weiterbildung ermöglicht werden. Verschiedene Zuständigkeiten auf Ebene von Bund, Ländern und Kommunen dürfen den Ausbau der Bildungsberatung nicht verhindern.

Frage 2: Welche Schritte wollen Sie unternehmen, um das Ziel eines flächendeckenden unabhängigen Beratungsangebots zu erreichen? Welche Bedeutung kommt dabei den Online-Beratungsangeboten im Vergleich zur traditionellen „face-to-face“ Beratung zu?

Frage 3: Wie wollen Sie eine effiziente Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen den Beratungsanbietern bei der Bereitstellung von Beratungsdiensten gewährleisten, um einen breiteren Zugang zu ermöglichen und die Kohärenz des Angebots sicherzustellen?

Die Fragen werden im Zusammenhang beantwortet:

Antwort

Jeder Mensch spricht auf andere Methoden an und zieht erst aus der Vielfalt von Angeboten das beste Ergebnis für sich. Die Kombination verschiedener Beratungsformen vermittelt und nutzt den Umgang mit verschiedenen Methoden und Lernkanälen. Wir wollen daher qualitativ hochwertige Online-Beratung und klassische Beratung ermöglichen. Auch hier lässt sich wiedererkennen, wie sich die Chancen der Digitalisierung nutzbar machen lassen. Wir Freie Demokraten sind zum Beispiel der Ansicht, dass sich durch eine überregionale Vernetzung von (Online-)Beratungen lokale oder regionale Nachfragespitzen schnell und kompetent auffangen lassen. Insbesondere in der Fläche können Online-Beratungsangebote für viele eine attraktive Alternative zur Fahrt zur Beratungs-

Dokumentation: Die Antworten der Parteien im Wortlaut

Fortsetzung von S. 20)



stelle darstellen. Wir wollen, dass die Digitalisierung auch im Bereich der Beratung ankommt und zu einem festen Bestandteil

wird. Die Nutzbarmachung im Rahmen der Digitalisierung führt über die entstehende Transparenz automatisch zu einem positiven Qualitäts- und Wettbewerbsdruck, der sich wiederum auf die Kohärenz der Angebote auswirken wird.

Frage 4: Welchen Stellenwert messen Sie einer lebensbegleitenden Bildungs- und Berufsberatung für das Lernen im Lebenslauf bei?

Antwort

Wir Freie Demokraten sprechen uns für die eigene Lebenslaufhoheit aus. Lebenslanges Lernen spielt hierbei eine tragende Rolle. Wir setzen auf das Versprechen, dass alle Bürgerinnen und Bürger durch Weiterbildung beim digitalen Wandel auch mithalten können – auch über die Zeit der aktiven Berufstätigkeit hinaus. Die Digitalisierung verändert unser Leben – und prägt die Arbeitswelt von morgen. Wie bei den großen Umbrüchen in der Vergangenheit wird uns auch diesmal die Arbeit nicht ausgehen. Zahlreiche Jobs werden sich stark verändern, manchen Beruf wird es in Zukunft vielleicht gar nicht mehr geben – genauso werden aber viele neue Jobs entstehen, die wir uns heute noch gar nicht vorstellen können. Die Welle der digitalen Gründungen zeigt uns schon heute, welche großen Jobpotenziale bestehen. Aber im Wandel müssen die Menschen durch gute Rahmenbedingungen und Qualifizierung begleitet werden, denn der Weiterbildungsbedarf ist und wird gewaltig sein. Wir brauchen das Versprechen an alle Bürgerinnen und Bürger, beim digitalen Wandel auch mithalten zu können. Deshalb muss lebenslanges Lernen noch stärker vom Schlagwort in gelebte Realität münden. So können Aufstiegschancen verbessert und das Risiko von Arbeitslosigkeit vermieden werden.

Eine unter vielen Maßnahmen, die lebenslanges Lernen begleiten soll, ist das sogenannte "Bildungssparen". Damit jeder seinen Talenten folgen und seine Träume verwirklichen kann, wollen wir jedem Bürger ein Leben lang die Chance zum Aufstieg geben. Bildung ist der Schlüssel zum Aufstieg, aber die gibt es kaum zum Nulltarif. Daher setzen wir uns für ein Bildungssparen ein. Das heißt: Für jeden Euro, der für Bildung zur Seite gelegt wird, gibt es einen staatlichen Zuschuss. So können Eltern den Bildungsweg ihrer Kinder von klein auf absichern.

Frage 5: Wie kann die Bildungsberatung weiter entwickelt werden zu einem systematischen Beratungsprozess, der sich an dem ständigen Wandel der persönlichen und beruflichen Rahmenbedingungen orientiert?

Antwort

Der beste Beginn zur Weiterentwicklung des Beratungsprozesses ist die Aufwertung der Weiterbildung und des lebenslangen Lernens als solche. Wir Freie Demokraten werden Forschung und Engagement mit dem Ziel der Weiterentwicklung von Beratungsangeboten gerne unterstützen, um Bildungsberatung letztlich dynamischer und adressatengerechter zu gestalten.

Frage 6: Welche Verbesserungen der Bildungsberatung für zugewanderte Menschen planen sie, um dem Ziel einer möglichst raschen und nachhaltigen Integration und Eingliederung in den Arbeitsmarkt näher zu kommen?

Antwort

Wir Freie Demokraten wollen Talente von Zuwanderern fördern, ihre Potenziale für den Arbeitsmarkt nutzbar machen und starke Personen für eine aktive Mitarbeit in Gesellschaft und Ehrenamt gewinnen. Das bisherige System der Integrationskurse als staatliches Mindestangebot für bereits Zugewanderte genügt den Anforderungen unserer modernen Zuwanderungsgesellschaft nicht.

Wir Freie Demokraten fordern die Einrichtung von Beratungsstellen zum Bildungssystem in allen größeren Betreuungseinrichtungen für Flüchtlinge. Denn am einfachsten können Flüchtlinge an unserer Gesellschaft teilhaben, wenn sie Arbeit finden. Die besten Chancen dazu hat man mit einer guten Ausbildung. Ein Teil der Menschen, die zu uns kommen, haben schon eine Ausbildung oder sind ausbildungsfähig und -willig. Dieses Potenzial wollen wir nutzen; dazu müssen diese Qualifikationen frühzeitig, möglichst schon bei der Erstaufnahme, erfasst werden, damit die Beratung passgenau ansetzen kann. Beratungsstellen können dabei eine große Hilfe sein.

Frage 7: Welche Vorstellungen haben Sie, um die Professionalisierung der BBB-Beratung voranzutreiben und die entwickelten Qualitätsstandards zu implementieren?

Antwort

Den großen Beratungsbedarf, der bei der Umsetzung des Projekts des lebenslangen Lernens in gelebte Realität anfällt, nehmen auch wir Freie Demokraten zum Anlass

Dokumentation: Die Antworten der Parteien im Wortlaut

**Freie
Demokraten**
FDP

über die Professionalisierung und Qualitätssteigerung von Beratung nachzudenken. In diesem Zusammenhang sind wir für eine Prüfung von bestehenden Studien und Ideen offen, um Verbesserungsprozesse im Qualitätsmanagement anzustoßen und entsprechende Strategien zu entwickeln.

Frage 8: Was wollen Sie unternehmen, um Beratungsdienste als nachhaltiges Angebot mit sicheren Arbeitsplätzen zu implementieren?

Antwort

Bildung hat in Deutschland derzeit keinen sehr hohen Stellenwert, obwohl die Notwendigkeiten der Bildung einschließlich der Weiterbildung größer sind als jemals zuvor. Weltbeste Bildung für jeden ist das „Mondfahrtprojekt“ von uns Freien Demokraten. So wie John F. Kennedy sein Land mit einer gewaltigen Kraftanstrengung auf den Mond führte, wollen wir Deutschland an die Spitze der Bildungsnationen dieser Welt zurückführen.

Bildungsberater nehmen in diesem Prozess eine zentrale Stellung ein, da sie die Verbindungen zwischen dem Einzelnen und der großen Bandbreite von Bildungsangeboten herstellen. Entsprechend wollen wir darauf hinwirken, dass sich die Situation der Bildungsberaterinnen und -berater deutlich verbessert. Dafür braucht es mehr Ressourcen im Bildungssystem.

Wir Freie Demokraten wollen insgesamt die Ausgaben für Bildung so erhöhen, dass – gemessen am Staatshaushalt – Deutschland zu den führenden fünf Ländern der 35 Staaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zählt. Die umfassende Modernisierung des Bildungssystems würde Länder und Kommunen allein überfordern. Die Finanzierung muss daher eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe werden.

Durch die bessere finanzielle Ausstattung des gesamten Bildungssektors werden sich in diesem Zusammenhang auch mehr finanzielle Spielräume ergeben, mit denen Beratung auch entsprechend personell ausgestattet werden kann.

Lassen Sie uns dazu auch nach der Bundestagswahl im Gespräch bleiben.

Veranstungshinweise

Nationale Veranstaltungen	
21.09.2017	f-bb Fachtagung „Qualifizierung für Menschen mit Migrationshintergrund“, Berlin: http://www.f-bb.de/veranstaltungen/tagungen/tagungen-detail/vinfo/qualifizierungen-fuer-menschen-mit-migrationshintergrund.html , (Tagung bereits ausgebucht)
27. – 29.09.2017	Deutsche Gesellschaft für Erziehungswissenschaften, Sektion Erwachsenenbildung; Jahrestagung 2017 „Beratung im Kontext des lebenslangen Lernens: Konzepte, Organisation, Politik, Spannungsfelder“ https://eb2017.de/
5.10.2017	Bildungspolitisches Forum des Leibniz-Forschungsverbundes Bildungspotenziale (LERN), Berlin: http://www.leibniz-bildungspotenziale.de/forum.html
6.10. 2017	Professionelles Handeln von Lehrenden in der Erwachsenen- und Weiterbildung anerkennen; Projekt GRETA zieht Bilanz – Abschlussveranstaltung, Bonn (https://www.die-bonn.de/weiterbildung/veranstaltungskalender/default.aspx)
16. – 17.11.2017	AGBFN (Arbeitsgemeinschaft Berufsbildungsforschungsnetz), Fachtagung „Berufsbildung 4.0 – Grundfragen, Stand und Perspektiven“, Darmstadt (https://www.agbfn.de/de/agbfn_veranstaltung_55494.php)
23. – 24.11.2017	GEW Bundestagung: „Die digitale R*Evolution?“, Hamburg (https://www.gew.de/veranstaltungen/detailseite/gew-bundestagung-die-digitale-revolution/)
7. – 8. 12. 2017	„nfb-Wanderforum“: „Online-Beratung – Chancen und Ressourcen“ (7.12., 14.00 – 18.00 Uhr) und nfb-Mitgliederversammlung (8.12., 9.00 – 12.00 Uhr), München; weitere Infos in Kürze auf der nfb-Webseite)
23. 02.2018 Pre-Conference Programm 22.02., 17.00–21.00 h	Internationale Fachtagung „Ethik in der Beratung – Anspruch und Wirklichkeit: Theoretische Ansätze, internationale Impulse, praktische Erfahrungen“, gemeinsame Fachtagung des Deutschen Verbands für Bildungs- und Berufsberatung (dvv), des Nationalen Forums Beratung (nfb) und der Hochschule der Bundesagentur für Arbeit (HdBA), Mannheim (weitere Infos in Kürze auf der Webseite des nfb und des dvv)
Internationale Veranstaltungen	
27. – 28.09. 2017	EU-Presidency Conference Lifelong Guidance, Tallinn/Estonia, im Rahmen der „EU Guidance Week“, 26. – 29. 09. 2017 (nur auf Einladung); (http://www.innove.ee/en/lifelong-guidance/guidance-week-registration/agenda)
5. – 7. 10. 2017	International Conference “Counseling and Supports. Decent Work, Equity, and Inclusion: passwords for the present and the future”, Padova/Italy (http://www.unipd.it/ounseling-and-support2017/en)
29.11. – 01.12. 2017	IAEVG International Conference of Educational and Professional Guidance: “Educational and professional guidance to build the future”, Mexico City (http://www.orienta.unam.mx/congreso/english/)
02. – 04. 10. 2018	IAEVG International Conference 2018 in Gothenburg/Sweden

Neuerscheinungen/Rezensionen

Bienfait, Agathe; Frey, Andreas (Hg.) (2016): Ausbildungs- und Studienabbrüche. Empirische Befunde, Ursachen und Möglichkeiten der Prävention. Landau: Empirische Pädagogik (Empirische Pädagogik, 30 (3/4), ISBN 978-3-944996-31-8

BWP (BERUFSBILDUNG IN WISSENSCHAFT UND PRAXIS), Schwerpunktheft „Guidance – Wege in Berufliche Bildung“, in: Zeitschrift des Bundesinstituts für Berufsbildung, Heft 5/2016, u.a. mit folgenden Beiträgen:

- ◆ Lifelong Access to Career guidance – a Key to Lifelong Learning. Interview mit Professor Tony Watts
- ◆ Eine neue Beratungsära für die Berufsbildung?
- ◆ Lebenslanges Lernen – lebensbegleitende Beratung: Zugänge in Finnland

DVB-FORUM AUSGABE 2/2017 „Lebensbegleitende Beratung in einer diversen Gesellschaft“, u.a. mit Beiträgen von:

- ◆ MARTIN GRIEPENTROG (dvb), Lebensbegleitende Berufsberatung für Studierende und Hochschulabsolventen/innen
- ◆ EVA PETERS/MARTIN SCHEFFEL (BA), Mit der Weiterbildungsberatung zu einer zukunftsfähigen Bundesagentur für Arbeit
- ◆ JULIA YATES, Ein meta-theoretisches Bezugssystem für Berufs- und Karriereberater/innen
- ◆ SABINE SOBBI, Fremdheitsgefühl als konstruierte Barriere im kollegialen Miteinander
- ◆ LARISSA MEINUNGER, Erfolgreiche, systematische, rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit - bitte auch mit der Berufsberatung!
- ◆ JÖRG BUNGART, Unterstützte Beschäftigung
- ◆ TILLMANN GRÜNEBERG (Universität Leipzig), Wege im Feld der Beratung

HAMMERER, M./KANELUTTI-CHILAS, E./KRÖTZL, G./MELTER, I. (HG.): Zukunftsfeld Bildungs- und Berufsberatung IV. Schwierige Zeiten - Positionierungen und Perspektiven. Bielefeld 2017. DOI: 10.3278/6004558W225.
Die Autorinnen und Autoren widmen sich den Auswirkungen der Globalisierungs- und Deregulierungspolitik der letzten Jahrzehnte, die mit einer Verengung des Arbeitsmarktes, zunehmender sozialer Spaltung sowie massiven Flucht- und Wanderungsbewegungen einhergingen. Der Sammelband beruht auf den Beiträgen der 4. Fachtagung „Zukunftsfeld Bildungs- und Berufsberatung“; Download → das Buch in der bifeb-Bibliothek

BERND-JOACHIM ERTELT, MICHAEL SCHARPF (Hrsg.), Berufliche Beratung Älterer, Frankfurt/Main 2017.
Verlag Peter Lang

SCHIERSMANN, CHRISTIANE; PETERSEN, CRINA MARIA; WEBER, PETER: Kompetenzerfassung im Beratungsfeld Bildung, Beruf und Beschäftigung - Instrumente zur Dokumentation, Bewertung und Reflexion der Kompetenzen von Beratenden, Bielefeld 2017, ISBN: 978-3-7639-5599-2 (Buch) oder als E-Book (pdf): ISBN: 978-3-7639-5600-5; die Online Materialien zur Kompetenzerfassung sind über den im Buch enthaltenen Code zugänglich.
Die Veröffentlichung ist Teil des gemeinsamen Verbundprojekts „Koordinierungsprozess Qualitätsentwicklung für die Beratung in Bildung, Beruf und Beschäftigung (BeQu)“ des Nationalen Forum Beratung (nfb) und des Instituts für Bildungswissenschaft der Universität Heidelberg (IBW).

ICCDPP (International Center for Career Development and Public Policy), „Crossroads“. Communiqué of the International Symposium 2017, held in Seoul/South Korea, 18. – 21. 06. 2017
(http://iccdpp.org/wp-content/uploads/2017/07/Communique-2017-ICCDPP-050717.pdf?utm_source=activetrail&utm_medium=email&utm_campaign=jmc@iccdpp.org)

International Journal for Educational and Vocational Guidance (IJEVG), Vol. 17, Special Issue 1, March 2017: “Inducing and measuring change in career counseling interventions”, Editors: Jérôme Rossier, Susan C. Whiston.
(https://link.springer.com/journal/10775/17/1/page/1?wt_mc=Internal.Internal.8.CON434.SIEdu17%2Fissue18)